



Detlev v. Larcher

Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis

Stellungnahme aus Anlass der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2010 zu den Anträgen BT-Drs. 17/527, BT-Drs.17/518, Ausschussdrucksache 17(7)46, BT-Drs. 17/1422 und 17/518

Dass die erweiterte Gründungsforderung von Attac (Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens), die sich ursprünglich nur auf eine Besteuerung von Devisengeschäften bezog, nun nach 12 Jahren Eingang in Anträge der Fraktionen von SPD, Die Linke und Grünen gefunden hat, ja sogar von einigen CDU/CSU Abgeordneten befürwortet wird, ist sehr zu begrüßen. Auch die Bundeskanzlerin und der Finanzminister hatten Sympathien für diese Steuer zu erkennen gegeben. Bundespräsident Köhler hat sie mehrfach öffentlich gefordert. Gleichzeitig wirft das die Frage, jedenfalls in Bezug auf den SPD-Antrag und die Unterstützung durch die Grünen, auf: warum erst jetzt? Schließlich gehen die Vorschläge für eine solche Steuer bis auf John Maynard Keynes 1943 und James Tobin 1972 zurück.

Leider findet sich in den „Eckpunkten für die Finanzmarktregulierung“ der Bundesregierung kein solcher Vorschlag, obwohl unlängst noch die Bundeskanzlerin, der Finanzminister und der Bundespräsident öffentlich die Sinnhaftigkeit einer Finanztransaktionssteuer betonten. Die darin vorgesehene Bankenabgabe mag, wenn sie ähnlich konzipiert wird wie die von Präsident Obama, für eine fällige Beteiligung der Banken an den gegenwärtigen Krisenkosten sinnvoll sein, kann aber eine nachhaltige Besteuerung der Geschäfte auf den Finanzmärkten nicht ersetzen. In der bisher geplanten Form taugt sie nicht zur Vorbeugung oder für die Finanzierung künftiger Krisen, denn die Kosten der gegenwärtigen Krise würden durch die so konzipierte Bankenabgabe erst in mehr als 60 Jahren eingespielt werden, alle anderen Akteure auf den Finanzmärkten blieben ungeschoren und die Profitabilität der kurzfristigen spekulativen Mehrfachtransaktionen würde nicht geschmälert. Damit hat die Bankenabgabe keine regulierende Lenkungswirkung.

Warum eine Finanztransaktionssteuer (FTT)?

Die in der Finanzkrise ungeheuer angewachsene Staatsverschuldung in den USA, Großbritannien und in den Ländern der Euro-Zone wird momentan noch immer der Bevölkerung aufgebürdet, wie es gerade in Griechenland geschieht. Die Profiteure der Finanzmärkte bleiben hingegen ungeschoren. In Deutschland gab es nicht ansatzweise den Versuch, die Profiteure des Kasinokapitalismus in nennenswerter Höhe an den Krisenkosten zu beteiligen, geschweige denn gemäß ihres Einkommens und Vermögens zu besteuern. Viele von ihnen machen schon wieder horrenden Gewinne und handeln als sei nichts gewesen. Damit wird die Kassenlage der öffentlichen Hand (Hände) immer prekärer und der Staat setzt weiter auf Privatisierung und Einsparung zu Lasten von Beschäftigten und

Transferempfängern. Zugleich wird die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen immer krasser. In der Bundesrepublik werden die Bürger immer stärker durch Steuern belastet, während Unternehmen, Reiche und Superreiche entlastet werden. Die Mehrwertsteuererhöhung in 2007 belastet die Bevölkerung mit 20 Mrd. Euro, für ärmere Haushalte eine enorme Belastung, für Spitzenverdiener kaum merklich. Die Körperschaftsteuer sank 2008 auf nur 15 Prozent. Zehn Jahre zuvor war sie noch doppelt so hoch.

Soll nicht die Bevölkerung weltweit für die Finanzkrise bluten, müssen die Profiteure der Finanzmärkte herangezogen werden, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte drastisch zu erhöhen. Die Besteuerung der Geschäfte auf den Finanzmärkten mit einer winzigen Steuer von 0,5 Prozent würde enorme Summen einbringen. Damit würden die Profiteure der Finanzmärkte die Kosten der Krise tragen und es bliebe sogar noch Geld für die Erreichung der UN-Millenniumsziele und den globalen Klimaschutz.

Die Globalisierung und die Finanzmärkte

Die Akteure auf den Finanzmärkten profitieren in besonderem Maße von der Globalisierung, zum einen durch die freiwillige oder forcierte Öffnung der Märkte vieler Länder, andererseits durch den Fortschritt der Kommunikationstechnologie, die eine extrem schnelle und kostengünstige Abwicklung der Geschäfte erlaubt. Neuerdings verbreitet sich der Hochfrequenz-Computer-Handel, in dem mit super kurzfristigen Kursveränderungen Geschäfte gemacht werden, die nur noch Computer unter sich abwickeln können.

Die extreme Expansion der Finanzmärkte wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass an der Derivatebörse Eurex im Jahr 2007 das Handelsvolumen mit Finanzderivaten 53 mal so hoch war wie die Wirtschaftsleistung Deutschlands. Die globalen Finanztransaktionen überstiegen das Weltsozialprodukt um das 74-fache. Der Umfang an außerbörslichen Kursderivaten stieg von ca. 5 Billionen US-Dollar im Jahr 2004 auf 50 Billionen Dollar im Jahr 2007, ein Anstieg von 1000 Prozent in nur drei Jahren. Bei den Devisentransaktionen gab es im gleichen Zeitraum immerhin eine Steigerung um 70 Prozent, von 1,9 Billionen US-Dollar täglich auf 3,2 Billionen.

Die Aufblähung und Komplexität der Finanzmärkte macht diese instabiler. Dies zeigt das gehäufte Auftreten von Finanzkrisen in den letzten Jahrzehnten. Die Regulierung der Finanzmärkte darf daher nicht allein vor dem Hintergrund der jüngsten Finanzkrise betrieben werden. Diese ist nur ein weiteres Ereignis, allerdings in einer neuen Dimension, in einer Reihe von Marktversagen. Wie der Chef der US-Aufsichtsbehörde *Commodity Futures Trading Commission* Gary Gensler im März sagte, haben Derivate "im Herzen der Finanzkrise" gestanden. Sie haben nicht wie behauptet die Risikobewertung an den Märkten verbessert, sondern im Gegenteil bestehende Risiken verschleiert und sogar neue mit sich gebracht. Sie haben unter anderem den Zusammenbruch der weltgrößten Versicherung AIG verursacht und die Globalisierung der faulen Kredite vorangetrieben. Schon 2001 hatte der frühere Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Alexandre Lamfalussy, darauf hingewiesen, dass Derivate den Finanzmarkt destabilisieren können. Nicht alle Finanzgeschäfte, die heute getätigt werden, sind also auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll. Verstärkt wird diese Entwicklung durch den oben genannten Hochfrequenz-Computerhandel, bei dem nur noch kurzfristige Kursveränderungen ausgenutzt werden, aber der reale Wert von Anlagen keine Rolle mehr spielt. Es ist deshalb höchste Zeit, die Finanzmärkte zu schrumpfen.

Die Finanztransaktionssteuer als ein Mittel zur Schrumpfung und Kontrolle der Finanzmärkte

Ein Mittel dazu wäre die Finanztransaktionssteuer, die anders als die Devisentransaktionssteuer eine breite Basis hat: Handel mit Aktien, Pfandbriefen, Obligationen, Wertpapieren und Derivaten. Sie ist

denkbar als weltweite Steuer, als Steuer auf europäischer Ebene oder im Euroraum und als nationale Börsenumsatzsteuer, wie sie es z. B. in London gibt und in Deutschland bis 1991 gab. Im letzteren Fall wäre allerdings der große Nachteil, dass der außerbörsliche Handel (over the counter, OTC) nicht erfasst würde.

Technisch ist heute die Erhebung der Steuer sehr einfach. Alle Transaktionen werden zentral elektronisch registriert. Eine einfache Software könnte an der Börse die Steuer automatisch der jeweilig zuständigen Finanzbehörde überweisen. Die Vermeidung der Steuer wäre sehr umständlich und die Umgehung der elektronischen Plattform sehr teuer. Auch der bisher unkontrollierte Handel außerhalb der Börsen geschieht weitgehend elektronisch über zentrale Abwicklungs-Systeme (Trade Information Warehouse), auch hier würde eine Software den automatischen Abzug der Steuer möglich machen. Die EU und die G 20 haben sich zudem die längst fällige Kontrolle des OTC-Handels vorgenommen und wollen den OTC-Handel nur an der Börse oder auf Handelsplattformen zulassen. Damit wäre es noch leichter, die Steuer zu erheben.

Der Zahlungsverkehr beim Handel mit Gütern, für den Arbeitsmarkt, Überweisungen, kurzfristige Interbankenkredite und alle Operationen der Zentralbanken würden von dieser Steuer nicht erfasst.

Es gibt keine stichhaltigen Argumente gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

In den letzten Jahren wurden alle Vorbehalte und Befürchtungen zu negativen Auswirkungen der Steuer widerlegt. Vor der Krise wurde immer argumentiert, eine solche Steuer wäre nur möglich, wenn sie international auf allen Finanzplätzen der Welt zugleich eingeführt würde. Dass das falsch ist, zeigen die bereits existierenden Steuern in mehreren Ländern. Die bekanntesten sind die Börsenumsatzsteuern in London (0,5%) und in New York. Die Steuer brachte in London im Jahr 2006 ungefähr 5 Mrd. Euro in die Staatskasse. Dies führt keineswegs zum Exodus der Finanzindustrie Denn die großen Akteure auf dem Finanzmarkt profitieren von der Infrastruktur des Finanzplatzes (wichtige Partner in der Nähe, Vernetzung usw.). Solange die Steuer weniger kostet als ein Umzug bezahlen die Finanzakteure lieber die Steuer. Die Krise hat außerdem gezeigt, dass eine internationale Kooperation durchaus möglich ist, wenn die Länder nur wollen. Mittlerweile sprechen sich viele Regierungen für die Einführung einer Form von Finanztransaktionssteuer aus.

Österreich, Griechenland, Luxemburg, Polen, Portugal Spanien, Schweiz, Hong Kong, China, Singapur erheben länderspezifische Finanztransaktionssteuern, ebenso Peru, Brasilien, Argentinien und Kolumbien. In Venezuela und Kanada gibt es den Willen, eine Devisentransaktionssteuer einzuführen. In Europa haben die Parlamente in Frankreich und Belgien bereits die Einführung einer Devisentransaktionssteuer beschlossen. Allerdings ist der Beschluss daran gekoppelt dass weitere EU Länder mitziehen. Die Regierungen in Österreich, Italien, Spanien und Norwegen sprechen sich ebenfalls für die Einführung aus. Eine europaweite Umsetzung ist also durchaus keine Utopie.

Ein häufiger Einwand gegen die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen ist, dass diese Anleger vertreiben würden. In der Realität verhält es sich jedoch häufig ganz anders, wie sich empirisch an Beispielen von Peru, Argentinien, Kolumbien u.a. nachweisen lässt. Die peruanische Regierung führte 2003 eine generelle Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,1 % ein, um Finanzmittel für den Bildungssektor zu erschließen. Damals prophezeiten die nationale und internationale Finanzpresse, betroffene Privatinvestoren und internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfond (IWF) ernste negative Konsequenzen für die peruanische Wirtschaft. Doch so kam es nicht.

Auch wird noch immer gesagt – zum Beispiel vom Internationalen Währungsfonds – dass eine Steuer die Märkte stören und zu mehr Risiken führen würde. Dies mutet aber heute, nachdem der angeblich zuvor durch Liberalisierung perfektionierte Finanzmarkt in der Krise zusammengebrochen ist und am Tropf des Staates hängt, fast schon lächerlich an. Die Krise hat bewiesen, dass die

Aufblähung der Märkte diese nicht sicherer und risikoloser macht. Selbstregulierung von Märkten ist eine Theorie, die mit der Finanzkrise widerlegt wurde. Märkte brauchen Grenzen, sonst zerstören sie sich selbst und schaden den Menschen. Dies erkennen auch immer mehr prominente Ökonomen, die die Steuer unterstützen, so Paul Krugman und Jeffrey Sachs, sowie der frühere Bankmanager und jetzige Leiter des Capital Institute, John Fullerton, der die Instabilität der Finanzmärkte auf die extrem kurzfristigen Anlagen zurückführt.

Finanztransaktionssteuer versus Bankenabgabe

Nachdem die US-Regierung sich für eine Art Bankenabgabe ausgesprochen hat, ist zuletzt auch die deutsche Bundesregierung auf eine solche Abgabe statt einer Finanztransaktionssteuer umgeschwenkt.

Eine Bankenabgabe ist nicht grundsätzlich falsch, hätte aber gegenüber der Finanztransaktionssteuer große Nachteile. Vor allem würde die Spekulation nicht annähernd so wirksam wie durch eine Transaktionssteuer eingedämmt, selbst wenn sie nach Risiko differenziert erhoben würde. Auch wären Fonds nicht erfasst. Konstruiert man die Abgabe als Fonds für zukünftige Krisen, wie es die Bundesregierung plant, taucht zudem automatisch das Moral-Hazard-Problem auf. Natürlich spricht nichts dagegen, beide Abgaben zugleich einzuführen, so wie es die französische Regierung befürwortet.

Der Internationale Währungsfonds hat den Auftrag, bis Juni 2010 zu untersuchen, wie der Finanzsektor zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden kann. In einem Zwischenbericht wird zwar zwei Varianten einer Bankenabgabe der Vorzug gegeben. Doch wird zugestanden, dass der Finanzmarkt zu groß geworden und dass eine Finanztransaktionssteuer machbar ist.

Gegner der Einführung der Finanztransaktionssteuer

Der stärkste Widerstand kommt von interessierter Seite. Bekämpft wird die Steuer von der Lobby der Finanzindustrie. Die Finanzmarktakteure würden bei der Einführung der Steuer weniger Profit machen; zum einen wegen der Steuer, zum anderen wegen des Rückgangs der kurzfristigen Spekulationsgeschäfte. Der starke Widerstand aus diesen Kreisen verwundert daher nicht. Doch aus einer langfristigen Anlegerperspektive ist die Steuer selbst für Finanzmarktakteure interessant, da sie exzessive Spekulation eindämmt und Transaktionen mit langfristigem Charakter kaum belastet. In einer Umfrage des Börsenportals boersennews.de sprachen sich 62 Prozent der Anleger *für* eine Finanztransaktionssteuer aus. Die internationalen Banken und Finanzkonzerne scheuen weder Kosten noch Mühe, um ihren gesamten politischen Einfluss gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu mobilisieren.

Von Seiten der FDP wird eingewendet, die Steuer würde auch die kleinen Sparer und Rentner belasten. Das ist absurd. Denn erstens ist eine so kleine Steuer für langfristige Anlagen kaum spürbar und zweitens sind die Gebühren und Provisionen der Banken um ein vielfaches höher als die einmalige Steuer.

Aus verteilungspolitischer Sicht ist die FTT geradezu ideal. Sie trifft die Profiteure der Finanzmärkte, also eine kleine Gruppe ökonomisch sehr starker, finanzkräftiger Akteure, die ihr Kapital in spekulative Geschäfte investieren, gegen Staaten und Währungen spekulieren und gegenwärtig den Euro gefährden.

Die Profiteure der Steuer und Auswirkungen auf die Realwirtschaft

Letztendlich profitierten von dieser Steuer alle Bürgerinnen und Bürger, da sie dadurch von Mehrbelastungen durch Erhöhung der sogenannten Massensteuern und der kommunalen Gebühren verschont würden. Das Kapital würde dort abgeholt wo es im Überfluss vorhanden ist. Zum einen würden durch die Finanztransaktionssteuer die Handlungsspielräume nationaler wie internationaler Parlamente gestärkt, zum anderen könnten nationale und internationale Organisationen dadurch die Probleme der Welt wie Hunger, Trinkwasserknappheit etc. angehen. Außerdem ist die Steuer ein Weg zu mehr Transparenz und damit ein Schritt zu mehr demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte.

Die Realwirtschaft würde dagegen von der Einführung profitieren. Die Banken wären wieder stärker daran orientiert, langfristige Investitionen zu finanzieren statt im globalen Casino zu zocken. Die Einführung der FTT beugt zudem Finanzkrisen und Währungsattacken vor und sorgt so dafür, dass die Realwirtschaft ihre Produktion besser planen und durchführen kann. Zudem streicht heute die Finanzwirtschaft einen überproportionalen Anteil von der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung als Gewinn ein. Auch diese Ausnutzung struktureller Macht würde durch eine FTT eingedämmt werden.

Das Aufkommen der Steuer und seine Verwendung

Attac schlägt einen Steuersatz von 0,5 Prozent vor. Das ist der Steuersatz der Börsenumsatzsteuer in London. Das große Einnahmepotenzial dieser Steuer machen folgende Beispielrechnungen deutlich:

Bei einem Steuersatz von nur 0,01% errechnet das österreichische Wirtschaftsinstitut (WIFO) unter Annahme eines Rückgangs des Transaktionsvolumens um knapp ein Drittel ein Aufkommen für Deutschland von 0,7% des BIP. 2009 wären also knapp 17 Mrd. Euro hereingekommen. Die von der Bundesregierung geplante Bankenabgabe würde nur 1,2 Mrd. Euro pro Jahr einbringen. Ein Steuersatz von 0,05 Prozent würde nach Schätzungen von Dr. Schulmeister vom gleichen Institut weltweit 447 bis 1022 Mrd. US-Dollar jährlich erbringen. Auch dabei ist ein gemäßigter Rückgang von Finanztransaktionen aufgrund der Steuer eingerechnet.

Da die Steuer, international eingeführt, vor allem auf einem halben Dutzend Finanzplätzen der Welt erhoben würde, würden die Länder dieser Finanzplätze, also die USA, Großbritannien, Japan, Schweiz, Deutschland, Frankreich und Singapur den größten Teil einkassieren. Doch die Finanzmärkte haben große Schäden auf der ganzen Welt angerichtet. Daher wäre es nur billig, z.B. ein Drittel des Aufkommens einem Fonds bei der UNO gut zu schreiben, um damit die Schäden in den anderen Ländern auszugleichen. Ein Teil dieses Geldes müsste für den Kampf gegen die globale Erwärmung und für die Beseitigung des Hungers und der Armut in der Welt aufgewendet werden.

Zu den vorliegenden Anträgen

In den „Eckpunkten für die Finanzmarktregulierung“ werden einige sinnvolle Regulierungsvorschläge genannt. So ist ein Insolvenzverfahren für Banken durchaus sinnvoll und notwendig. Dass dabei vor allem an „systemrelevante“ Banken gedacht wird, zeigt, dass nicht weit genug gedacht wird. Denn die Systemrelevanz von Banken muss künftig verhindert werden. Keine Bank darf so groß oder so wichtig sein, dass sie den Staat erpressen kann (too big to fail) Die Verlängerung der Verjährungsfristen ist sicherlich sinnvoll, ebenso die Verstärkung der aufsichtsrechtlichen Befugnisse im Kreditwesengesetz. Hier wird es auf die Regelungen im Detail an kommen.

Die vorgesehene Bankenabgabe ist sicher sinnvoll als Ergänzung einer Finanztransaktionssteuer, nicht als deren Ersatz. Sie sollte wie die amerikanische Variante konstruiert und im Aufkommen

vergleichbar hoch sein. Damit würde sie ein Anreiz zu erhöhtem Eigenkapital sein. Ihr größter Nachteil ist, dass sie nur die Banken erfasst.

Die Anträge der SPD, der Linken und der Grünen kommen dem Anliegen von Attac, den mehr als 66 000 Petenten an den Deutschen Bundestag und den inzwischen ca. 200 000 international zusammen gekommenen Unterschriften sehr nahe. Sie setzen sich für eine internationale Finanztransaktionssteuer ein. Im Falle, dass die internationale Einführung nicht durchgesetzt werden kann, setzen sich die Anträge von SPD und Grünen für die Einführung in der EU ein. Zwei Anträge wollen als Minimallösung wenigstens eine Einführung in Deutschland, sei es als Börsenumsatzsteuer (SPD) oder als nationale Finanztransaktionssteuer auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapierumsätze, Derivate- und Devisenumsätze als Vorstufe zur internationalen Einführung (Die Linke). Damit erteilen sie allen eine Absage, die behaupten, eine solche Steuer lasse sich ohne Schaden für den heimischen Finanzplatz nur gleichzeitig auf allen Finanzplätzen der Welt einführen. Sie tragen damit dazu vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen Rechnung.

Die Koalitionsfraktionen sollten sich dem Begehren der Oppositionsfraktionen anschließen, um im Bundestag ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Aufforderungen an die Bundesregierung – auch von Regierungsfractionen – gingen schon zu oft ins Leere.

Dabei ist klar, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer nur eine, wenn auch eine sehr wichtige, von vielen nötigen Maßnahmen zur Reregulierung der Finanzmärkte ist.

Weitere notwendige Maßnahmen

Keine Banken too big to fail

Hedge-Fonds verbieten

Leerverkäufe verbieten

Handel mit Kreditausfallversicherungen verbieten

Finanzmarktinnovationen durch Finanzmarkt-TÜV prüfen lassen, bevor sie gehandelt werden dürfen

Ratingagenturen unter öffentlicher Hand

Der Stopp der Privatisierung von sozialen Sicherungssystemen, wichtigen Infrastrukturen wie Energie oder Bahninfrastrukturen und von Bildung und Gesundheit.

Schattenfinanzplätze (Steueroasen) schließen, Steuerflucht- und hinterziehung bekämpfen

Ein neues Bretton Woods, Clearing Union